

Personelle Erosion des Gesundheitswesens

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Dr. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 171 vom 25. Juli 2024

INHALT

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen
Zeitung Nr. 171 vom 25. Juli 2024, S. 8,
unter dem Titel:

"Erosion des Gesundheitswesens. Die Sorge um die
Zukunft der ärztlichen Versorgung wächst rapide an."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Qualität der Gesundheitsversorgung: wachsende Skepsis
	A	2	Sinkendes Vertrauen in das Gesundheitssystem
	A	3	Persönliche negative Erfahrungen mit dem Gesundheitssystem
	A	4	Ländliche Regionen und Ostdeutschland sind vom Ärztemangel besonders betroffen
	A	5	Auch Ärzte sehen die Situation kritisch
	A	6	Reformbedarf im Gesundheitswesen besonders hoch
	A	7	Maßnahmen, um eine gute Gesundheitsversorgung zu gewährleisten
	A	8	Ärzte sehen die Bürokratie als größtes Problem
	A	9	Eindruck von Untätigkeit der Regierung
	A	10	Beurteilung der Gesundheitspolitik
	A	11	Gute Erreichbarkeit von Krankenhäusern ist für die meisten momentan gewährleistet und bleibt wichtig
	A	12	Zusammenlegung und Schließung von Krankenhäusern wird häufiger wahrgenommen
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Schlechte Erfahrungen mit der Gesundheitsversorgung
		2	Persönliche Erfahrungen mit Engpässen und Kostensteigerungen
		3	Zunehmender Ärztemangel
		4	Wachsende Besorgnis
		5	Die Bevölkerung sieht mehrheitlich wieder Reformbedarf

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Personelle Erosion des Gesundheitswesens

Über viele Jahre hinweg gehörte das Gesundheitswesen zu den Bereichen, die die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung als besondere Stärke des Landes ansah. Zwischen 2012 und 2022 bewerteten durchgängig rund 80 Prozent die Gesundheitsversorgung und das Gesundheitssystem positiv. Die Bürger waren zwar immer skeptisch, ob sich diese Leistungsfähigkeit in die Zukunft verlängern lässt; die große Mehrheit weiß, welche Belastungen die Alterung der Gesellschaft und die steigenden Kosten für das System mit sich bringen. Aber bis vor zwei Jahren war das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit trotz dieser Skepsis ungebrochen. Auch jetzt hält die große Mehrheit den Status quo für (noch) zufriedenstellend; innerhalb von nur zwei Jahren ist dieser Anteil jedoch von 81 auf 67 Prozent zurückgegangen. Jeder Zweite ist überzeugt, dass die Leistungsfähigkeit des Systems erodiert. Das Vertrauen, bei Bedarf gut

Tabelle A 1

Tabelle A 1

versorgt zu werden, ist seit 2022 steil zurückgegangen. Tabelle A 2

Befürchtete die Bevölkerung seit längerem nur, dass sich die Versorgung langfristig verschlechtert, so erlebt sie diese Entwicklung nun hautnah. 40 Prozent ziehen die Bilanz, dass sie in den vergangenen zwei, drei Jahren schlechtere Erfahrungen mit der ärztlichen Versorgung gemacht haben als zuvor; nur 7 Prozent berichten von besseren Erfahrungen. Damit hat sich die Bilanz der persönlichen Erfahrungen seit 2019 drastisch verschlechtert, während sie sich in den 10 Jahren zuvor kontinuierlich verbessert hatte: Zwischen 2009 und 2019 ging der Anteil derjenigen, die schlechtere Erfahrungen mit der Gesundheitsversorgung machten, von 33 bis auf 18 Prozent zurück, nahm dann aber während der Pandemie auf 29 Prozent zu und ist dann in den vergangenen zwei Jahren weiter auf 40 Prozent angestiegen. Schaubild 1

Es sind die Erfahrungen mit Engpässen und Mangelsituationen, die das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems unterminieren. 77 Prozent der Bevölkerung haben in den vergangenen Jahren persönlich oder bei einem Familienmitglied erlebt, dass lange Wartezeiten auf einen Arzttermin in Kauf genommen werden mussten, 54 Prozent, dass ein Medikament nicht verfügbar war. 43 Prozent haben erlebt, dass es schwierig war, einen Arzt zu finden, bei dem man überhaupt Tabelle A 3

als Patient aufgenommen wurde. Diese letzte Erfahrung beeinflusst das Vertrauen in das Gesundheitssystem mehr als alles andere. Von teilweise längeren Wartezeiten auf einen Arzttermin und Medikamentenengpässen berichtet auch die Mehrheit derjenigen, deren Vertrauen in die Versorgung ungebrochen ist. Von ihnen hat jedoch nur eine Minderheit die Erfahrung gemacht, dass es schwierig war, überhaupt als Patient angenommen zu werden, dagegen 63 Prozent derjenigen, die dem System nicht mehr vertrauen. In den schwächeren sozialen Schichten erhält das Vertrauen häufiger auch einen Schlag, wenn die eigene Krankenkasse den Leistungskatalog reduziert. Die große Mehrheit ist zwar schon seit Jahren überzeugt, dass die Beiträge für die Krankenversicherung steigen, verstärkt Zuzahlungen fällig und Leistungen reduziert werden; die schwächeren sozialen Schichten fürchten dies aufgrund ihrer geringeren finanziellen Spielräume jedoch weitaus mehr als die mittleren und höheren Schichten.

Schaubild 2

Tabelle A 3

Nichts gefährdet die Qualität der Versorgung jedoch in vergleichbarem Maße wie die personelle Erosion des Gesundheitswesens. Der Ärztemangel verschärft sich kontinuierlich, bei niedergelassenen Ärzten wie in den Krankenhäusern. Gleichzeitig wird es für niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser immer schwieriger, qualifiziertes Personal zu finden. Auch in der Pflege spitzt sich der Personalmangel zu. Der Anteil der

Bevölkerung, der für die eigene Region einen Ärztemangel konstatiert, nimmt kontinuierlich zu, in den letzten Jahren beschleunigt. 2011 berichteten 13 Prozent der Bevölkerung von einem Ärztemangel in ihrer Region, 2019 24 Prozent, aktuell bereits 38 Prozent. Weitere 23 Prozent gehen davon aus, dass diese Situation in den nächsten Jahren eintritt.

Schaubild 3

Die ländlichen Regionen und Ostdeutschland sind von dieser Entwicklung weitaus stärker betroffen. Während in Westdeutschland jeder Dritte in einer Region lebt, in der Ärzte fehlen, sind es in Ostdeutschland 54 Prozent. Auf dem Land und in Kleinstädten berichten rund 45 Prozent von einem Ärztemangel in ihrer Region, in den Großstädten dagegen rund jeder Vierte. Diese Diskrepanz hat sich in den letzten Jahren deutlich vergrößert, da die Probleme in den strukturschwachen Regionen weitaus dynamischer zunehmen als in den Mittel- und Großstädten.

Tabelle A 4

Nicht nur die Bevölkerung, auch niedergelassene Ärzte und Krankenhausärzte erleben die Verschärfung der Probleme und ihre Auswirkungen auf die eigene Arbeitssituation. Insbesondere die Hausärzte müssen zunehmend mehr Patienten versorgen; viele sind an ihrer Kapazitätsgrenze. Gleichzeitig zeigen Befragungen niedergelassener Ärzte seit Jahren, dass sich die Lage weiter verschärfen wird. Die große Mehrheit hält es für schwierig, einen Nachfolger für die eigene Praxis zu

finden; auch dies gilt besonders ausgeprägt für Hausärzte und verschärft auf dem Land. Entsprechend rechnen die Ärzte für die kommenden Jahre mit zunehmenden Schwierigkeiten bei der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum, aber erwarten auch generell, dass eine Versorgung auf dem heutigen Niveau künftig kaum noch möglich sein wird.

Tabelle A 5

In der Bevölkerung ist die Sorge, dass sich die Versorgungslage in den nächsten Jahren verschlechtert, in den vergangenen zwei Jahren steil angestiegen. Auch wenn den meisten die wachsenden Herausforderungen seit Längerem bewusst waren, bewegten sich die Befürchtungen, es könne zu einer spürbaren Verschlechterung kommen, über viele Jahre in dem Korridor zwischen 30 und 39 Prozent. Aktuell gehen jedoch 52 Prozent davon aus, dass sich die Versorgung verschlechtert.

Schaubild 4

Daher hält die Bevölkerung den Gesundheitssektor auch für reformbedürftig. Knapp zwei Drittel halten zurzeit Reformen des Gesundheitssystems wie auch im Pflegesektor für notwendig; nur die Migrationspolitik rangiert in der Reformagenda der Bürger noch höher. 53 Prozent sind sogar überzeugt, dass es einer umfassenden Reform bedarf. Vor 20 Jahren, als tiefgreifende Gesundheitsreformen auf der Agenda standen und sehr kontrovers diskutiert wurden, hielten zwei Drittel der Bürger eine umfassende Reform dieses Sektors

Tabelle A 6

Schaubild 5

für notwendig. Danach ging die Forderung nach Reformen kontinuierlich zurück; in der Mitte des vergangenen Jahrzehnts mahnten noch 41 Prozent tiefgreifende Reformen an. Seither nimmt diese Forderung jedoch stetig zu.

Schaubild 5

Eine Stärkung des Gesundheitswesens versprechen sich die Bürger vor allem von Maßnahmen gegen den Mangel an Pflegepersonal, einer Entlastung von Ärzten und Pflegepersonal durch weniger Bürokratie und Dokumentationspflichten, mehr Zulassungen zum Medizinstudium, einer gezielten Verbesserung der Versorgung in ländlichen Regionen und der Rückverlagerung der Produktion von Medikamenten und Medizinprodukten nach Deutschland. Auch in einer stärkeren Digitalisierung sehen viele einen Weg, um den zunehmenden Personalmangel zumindest begrenzt zu entschärfen.

Tabelle A 7

Eine stärkere Digitalisierung und vor allem auch weniger bürokratische Anforderungen und Dokumentationspflichten wären wirkungsvolle Hebel, um die vorhandenen personellen Kapazitäten verstärkt für die Versorgung der Patienten einsetzen zu können. Dies müsste ein zentrales Ziel der Gesundheitspolitik sein, umso mehr, als es kurz- und mittelfristig kaum gelingen wird, die personellen Kapazitäten aufzustocken, ob bei Ärzten, Praxis- und Pflegepersonal. Vor allem niedergelassene Ärzte, aber auch die große

Mehrheit der Krankenhausärzte beklagen den wachsenden bürokratischen Aufwand und die stete Vermehrung der Dokumentationspflichten als eines ihrer größten Probleme. Von keiner anderen Maßnahme zur Bekämpfung des Ärztemangels versprechen sich die Ärzte selbst daher mehr als gerade von der Verringerung der bürokratischen Belastungen. Aber kaum etwas scheint trotz aller guter Absichtserklärungen der Politik so wenig realisierbar wie die Eindämmung oder gar der Rückbau von Bürokratie und Dokumentationspflichten.

Tabelle A 8

Insgesamt hat die Mehrheit der Bevölkerung den Eindruck, dass die Regierung bisher nur wenig unternommen hat, um die Herausforderungen im Gesundheitssektor und mehr noch in der Pflege wirksam anzugehen. Zwei Drittel halten die Pläne und Maßnahmen für die Stabilisierung der Pflege für unzureichend, gut jeder Zweite auch die bisherigen Pläne und Reformen im Gesundheitswesen. Dabei kann man dem Gesundheitsminister kaum Untätigkeit vorwerfen. Es wurde vieles beschlossen oder zumindest angestoßen, von der Reform der Krankenhausfinanzierung und der Bemühungen um stärkere Transparenz der Leistungsfähigkeit von Krankenhäusern über Veränderungen der Versorgungsinfrastruktur und die Reform der Notfallversorgung bis hin zu dem Gesetz zur Bekämpfung von Arzneimittelengpässen oder der Einführung der elektronischen Patientenakte. Trotzdem ist das

Tabelle A 6

Tabelle A 9

Urteil über die Gesundheitspolitik im Verlauf der Legislaturperiode wesentlich kritischer geworden. Vor zwei Jahren sahen 33 Prozent den gesundheitspolitischen Kurs kritisch, aktuell sind es 48 Prozent; nur gut jeder Fünfte zieht eine positive Bilanz. Es gab allerdings Phasen, in denen die Gesundheitspolitik noch weitaus kritischer gesehen wurde. Das war beispielsweise während der Sozialstaatsreformen 2003 und 2004 der Fall und auch zwischen 2009 und 2011. Reformen im Gesundheitswesen gelten zwar meist als notwendig, werden aber oft von Misstrauen begleitet, dass sie die Versorgung verschlechtern.

Tabelle A 10

Das gilt auch für ein zentrales Projekt der Gesundheitspolitik, die Zusammenlegung bzw. Reduzierung von Krankenhäusern. Deutschland hat hier eine enorme Abdeckungsdichte. Das zeigt auch die Bilanz der Bevölkerung: Für 95 Prozent sind Krankenhäuser in der näheren Umgebung gut erreichbar, für 72 Prozent sogar mehrere. Die Einsicht, dass im Interesse der optimalen Nutzung von finanziellen und personellen Ressourcen die Zusammenlegung eines Teils der Krankenhäuser sinnvoll sein kann, ist jedoch nicht weit verbreitet: Nur 16 Prozent halten unter anderem diese Maßnahme für richtig, um das Gesundheitswesen mittel- und langfristig zu stabilisieren. Wenn diskutiert wird, weniger, aber dafür besser ausgestattete Krankenhäuser in einer Entfernung von

Tabelle A 11

Tabelle A 7

maximal 50 km zur Verfügung zu haben, können sich immerhin 33 Prozent für dieses Konzept erwärmen. Der Mehrheit ist jedoch wichtiger, möglichst an jedem größeren Ort Krankenhäuser zur Verfügung zu haben, auch wenn sie weniger leistungsfähig sind. Durch die finanziellen Probleme vieler Kliniken werden jedoch immer mehr Bürger damit konfrontiert, dass Krankenhäuser in ihrer Umgebung geschlossen oder zusammengelegt werden. Allein seit Frühjahr vergangenen Jahres ist der Anteil der Bevölkerung, in deren Umfeld Zusammenlegungen oder Schließungen geplant oder bereits durchgeführt worden sind, von 40 auf 54 Prozent angestiegen. Dies trägt zwar zu dem Eindruck bei, dass sich die Versorgungslage verschlechtert; gleichzeitig gibt es hier jedoch Anzeichen, dass sich die Bevölkerung zunehmend damit abfindet und die Folgen für die Versorgung weniger kritisch einschätzt als noch vor einem guten Jahr. Die Schließung von Krankenhäusern unterminiert das Vertrauen in die Gesundheitsversorgung weitaus weniger als der sich zuspitzende Mangel an Ärzten und Pflegepersonal, der zudem auch die Belastungen in Gesundheitsberufen vergrößert und sie weniger attraktiv macht.

Tabelle A 11

Tabelle A 12

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1003
Befragungszeitraum:	5.7. bis 19.07.2024
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Qualität der Gesundheitsversorgung: wachsende Skepsis

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie einmal das Gesundheitssystem und die Gesundheitsversorgung bei uns in Deutschland betrachten, würden Sie sagen, die Gesundheitsversorgung ist bei uns in Deutschland alles in allem ..."

	Bevölkerung insgesamt	
	2022	2024
	%	%
„sehr gut“	19	10
„gut“	62	57
„nicht so gut“	14	25
„gar nicht gut“	3	5
Unentschieden	2	3
	100	100

FRAGE: "Was erwarten Sie für die nächsten Jahre: Expecten Sie, dass sich die Gesundheitsversorgung hier in Deutschland in den nächsten 10 Jahren deutlich oder etwas verbessert, oder deutlich oder etwas verschlechtert, oder wird sich da nicht viel ändern?"

	Bevölkerung insgesamt	
	%	
2024		
Deutlich verbessern	5	
Etwas verbessern	17	
Deutlich verschlechtern	26	52
Etwas verschlechtern	26	
Nicht viel ändern	22	
Unentschieden, keine Angabe	4	
	100	

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12052, 12088

Sinkendes Vertrauen in das Gesundheitssystem

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie groß ist Ihr Vertrauen, dass Sie medizinisch gut versorgt werden, wenn Sie einmal einen Arzt benötigen?" Haben Sie da ..."

	Bevölkerung insgesamt	
	2022	2023
	%	%
„sehr großes Vertrauen“	19	9
„großes Vertrauen“	57	47
„weniger großes Vertrauen“	19	30
„kaum, bzw. gar kein Vertrauen“	2	5
Unentschieden, schwer zu sagen	3	9
	<u>100</u>	<u>100</u>

76 } 56

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12048, 12077

Persönliche negative Erfahrungen
mit dem Gesundheitssystem

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es ist ja immer wieder von Schwierigkeiten und Problemen im Gesundheitssystem die Rede. Haben Sie persönlich oder jemand aus Ihrer Familie etwas von den Punkten auf dieser Liste in den letzten Jahren erlebt?"

	Bevölk. insg. %	Sozioökonomischer Status		
		niedrig %	mittel %	hoch %
Es gab lange Wartezeiten für einen Arzttermin oder einen Termin für eine Untersuchung	77	80.....	79	69
Ein Medikament war nicht verfügbar	54	59.....	54	52
Es war schwierig, einen Arzt zu finden, der einen als Patient aufnimmt	43	47.....	44	38
Die Krankenversicherung übernimmt bestimmte Leistungen nicht mehr, die sie früher übernommen hat	41	50.....	40	32
Die Krankenversicherung hat die Beiträge deutlich erhöht	36	37.....	35	38
Ärzte oder Pflegepersonal waren gestresst und unfreundlich	36	36.....	37	33
Die Notaufnahme war überfüllt	34	32.....	34	36
Es mussten hohe Zuzahlungen geleistet werden	31	35.....	31	28
Arztpraxen oder Apotheken haben ihre Öffnungszeiten eingeschränkt.....	24	24.....	25	21
Ich oder jemand aus der Familie wurden als gesetzlich Versicherter als Patient 2. Klasse behandelt.....	24	30.....	24	16
Es wurde falsch diagnostiziert oder falsch behandelt.....	22	23.....	22	19
Arztpraxen oder Apotheken in der Nähe haben geschlossen	21	27.....	19	21
Ich oder jemand aus der Familie hatten das Gefühl, zu früh aus dem Krankenhaus entlassen zu werden.....	17	23.....	16	15
Ich oder jemand aus der Familie mussten lange bis zum nächsten Krankenhaus fahren	12	13.....	12	9
Nein, nichts davon	5	4.....	6	6

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12088, Juli 2024

Ländliche Regionen und Ostdeutschland sind vom Ärztemangel besonders betroffen

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Würden Sie sagen, dass es hier in der Gegend einen Ärztemangel gibt, oder erwarten Sie, dass es hier in der Gegend in den nächsten Jahren zu einem Ärztemangel kommen wird, oder erwarten Sie das nicht?"

	Bevölkerung			Stadt und Land			
	insg.	West	Ost	Dörfer	Klein- städte	Mittel- städte	Groß- städte
	%	%	%	%	%	%	%
Gibt Ärztemangel	38	34	54	46	45	37	27
Erwarte das	23	24	21	31	22	23	22
Erwarte das nicht	32	35	18	14	27	32	44
Unentschieden	$\frac{7}{100}$	$\frac{7}{100}$	$\frac{7}{100}$	$\frac{9}{100}$	$\frac{6}{100}$	$\frac{8}{100}$	$\frac{7}{100}$

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12088, Juli 2024

Auch Ärzte sehen die Situation kritisch

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Niedergelassene Ärzte

FRAGE: "Einmal angenommen, Sie würden sich dazu entschließen, Ihre Praxis aufzugeben: Was glauben Sie, wie schwierig wäre es dann, einen Nachfolger zu finden? Würden Sie sagen ..."

Niedergelassene Ärzte	Aus Städten / Regionen mit -			
	unter 100.000 Einwohnern	100- 750.000 Einwohnern	über 750.000 Einwohnern	
%	%	%	%	
„sehr schwierig“	44	58	34	40
„schwierig“	24	20	27	23
„nicht so schwierig“	19	14	20	23
„gar nicht schwierig“	12	7	15	14
Unentschieden	<u>1</u>	<u>1</u>	<u>4</u>	<u>x</u>
	100	100	100	100

X= unter 0,5 Prozent

FRAGE: "Was erwarten Sie für die nächsten Jahre: Erwarten Sie, dass sich die Gesundheitsversorgung hier in Deutschland in den nächsten 10 Jahren deutlich oder etwas verbessert, oder deutlich oder etwas verschlechtert, oder wird sich da nicht viel ändern?"

Niedergelassene Ärzte	Aus Städten / Regionen mit -			
	unter 100.000 Einwohnern	100- 750.000 Einwohnern	über 750.000 Einwohnern	
%	%	%	%	
Deutlich verbessern	1	1	1	2
Etwas verbessern.....	12	12.....	12	13
Deutlich verschlechtern	20	21.....	19	21
Etwas verschlechtern	42	45.....	46	33
Nicht viel ändern	24	21.....	22	29
Keine Angabe.....	<u>1</u>	<u>x</u>	<u>x</u>	<u>2</u>
	100	100	100	100

X= unter 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8291 (MLP-Gesundheitsreport 2022)

Reformbedarf im Gesundheitswesen
besonders hoch

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wo, in welchen Bereichen sind Ihrer Meinung nach (in Deutschland)
Reformen notwendig?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
In der Zuwanderungspolitik	81
Beim Gesundheitssystem.....	64
In der Pflege.....	64
Beim Rentensystem	62
Beim Steuersystem	56
Bei der Energiepolitik	56
Im Bildungsbereich.....	48
Im Bereich Bauen und Wohnen	48
Beim Umwelt- und Klimaschutz.....	46
In der öffentlichen Verwaltung.....	43
Bei der Digitalisierung	43
Bei der Unterstützung von sozial Schwachen	41
Bei der Förderung von Familien	40
In der Wirtschaftspolitik	36
Beim Umgang mit der Staatsverschuldung	32
Bei der Bundeswehr	31
Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.....	29
Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	26
Beim Verbraucherschutz	25
Nichts davon	1

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12077, 2023

Maßnahmen, um eine gute Gesundheitsversorgung zu gewährleisten

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie einmal an die Zukunft des Gesundheitssystems in Deutschland denken: Was müsste Ihrer Meinung nach getan werden, um auch in 10 Jahren eine gute Gesundheitsversorgung zu gewährleisten?" (Listenvorlage)

	Bevölkerung insgesamt
	%
Den Fachkräftemangel in den Pflegeberufen beheben	91
Die Gesundheitsversorgung auf dem Land verbessern	78
Bürokratie und Dokumentationspflichten für Ärzte und Pflegepersonal reduzieren	74
Wichtige medizinische Produkte wie z.B. Schutzausrüstung oder bestimmte Medikamente in Deutschland herstellen	73
Mehr Studenten in den Medizinstudiengängen zulassen	61
Notfallpläne für Pandemien entwerfen und vorbereiten	52
Die flächendeckende Einführung der elektronischen Patientenakte vorantreiben	44
Digitale Angebote für Patienten ausbauen, z.B. die Videosprechstunden beim behandelnden Arzt	43
Krankenhäuser zusammenlegen.....	16
Die Krankenkassenbeiträge erhöhen	7
Leistungen der Krankenkassen kürzen	6
Nichts davon	1

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12077, 2023

Ärzte sehen die Bürokratie als größtes Problem

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Niedergelassene Ärzte und
Krankenausärzte

FRAGE: "Was stellt Sie in Ihrer Tätigkeit als Arzt zurzeit vor die größten Probleme: der wachsende bürokratische Aufwand, zusätzliche Belastungen durch den Ärztemangel, Schwierigkeiten bei der Suche nach qualifiziertem Praxis- oder Pflegepersonal, der Kostendruck im Gesundheitswesen bzw. Budgetvorgaben der Krankenkasse, oder was sonst?"

	Niedergelassene Ärzte	Krankenhaus- ärzte
	%	%
Auszug		
Bürokratischer Aufwand	83	72
Schwierigkeiten bei der Personalsuche	67	80
Kostendruck	59	54
Belastung durch Ärztemangel	56	66

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 8291 (MLP-Gesundheitsreport 2022)

FRAGE: "In welchen Bereichen hat die Regierung richtige Reformen angestoßen, wo hat sie eher Reformen angestoßen, die in die falsche Richtung gehen, und wo hat die Regierung Ihrem Eindruck nach gar nicht viel getan?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Da hat die Regierung nicht viel getan	
Beim Bildungssystem.....	69
Bei der Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum	68
Bei der Versorgung von Pflegebedürftigen	65
Bei Rente und Altersversorgung	64
Bei der Gesundheitsversorgung.....	53

FRAGE: "Haben Sie von der Gesundheitspolitik der Bundesregierung alles in allem eher einen guten Eindruck oder keinen guten Eindruck?"

	Bevölkerung insgesamt						
	2003	2004	2009	2010	2011	2022	2024
	%	%	%	%	%	%	%
Guten Eindruck	17	10	14	13	17	26	22
Keinen guten Eindruck	56	73	62	61	55	33	48
Unentschieden	<u>27</u>	<u>17</u>	<u>24</u>	<u>26</u>	<u>28</u>	<u>41</u>	<u>30</u>
	100	100	100	100	100	100	100

Gute Erreichbarkeit von Krankenhäusern ist momentan für die meisten gewährleistet und bleibt wichtig

Tabelle A 11
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie ist das bei Ihnen in der Gegend, in der Region: Gibt es da ein oder mehrere Krankenhäuser, in gut erreichbarer Nähe, oder ist das nicht der Fall?"

	Bevölkerung insgesamt	
		%
Ja, eins	23	} 95
Ja, mehrere	72	
Nein, nicht der Fall	2	
Weiß nicht, keine Angabe	<u>3</u>	
	100	

FRAGE: "Was ist Ihnen grundsätzlich lieber: Wenn es in jedem größeren Ort ein Krankenhaus gibt, auch wenn dieses nicht in allen Bereichen gut ausgestattet ist, oder wenn es weniger, dafür aber hervorragend ausgestattete Krankenhäuser gibt, die von Ihrem Wohnort aber bis zu 50 km Kilometer entfernt sein können?"

	Bevölkerung insgesamt	
		%
In jedem größeren Ort.....	50	
Wenige, hervorragende Krankenhäuser	33	
Unentschieden, keine Angabe	<u>17</u>	
	100	

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12088, Juli 2024

Zusammenlegung oder Schließung von Krankenhäusern wird häufiger wahrgenommen

Tabelle A 12
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es gibt immer wieder Überlegungen, aus Kostengründen Krankenhäuser zu schließen oder zusammenzulegen. Wie ist das bei Ihnen in der Region. Gibt es da solche Überlegungen, oder ist das nicht der Fall?"

Falls: ‚Ja, gibt Überlegungen‘

FRAGE: "Und ist bzw. wäre das für Sie ein großes Problem, wenn bei Ihnen in der Gegend, in der Region mehrere Krankenhäuser zusammengelegt würden, oder wäre das kein großes Problem?"

	Bevölkerung insgesamt	
	Mai 2023	Juli 2024
	%	%
Ja, gibt Überlegungen	26	35
Großes Problem	12	11
Kein großes Problem	10	16
Weiß nicht, keine Angabe	4	8
Ist bereits vorgekommen	14	19
Nein, nicht der Fall	24	19
Weiß nicht, keine Angabe	<u>36</u>	<u>27</u>
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12071,12088

Zweitstimmen		Gesamtdeutschland								
		CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Freie Wähler %	BSW %	Sons- tige %
2016:	Jahresdurchschnitt	34,0	7,5	23,0	11,0	9,0	11,0	-	-	4,5
2017:	Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	-	-	4,0
2018:	Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	-	-	4,0
2019:	Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	-	-	5,0
2020:	Jahresdurchschnitt	35,5	6,5	16,0	20,0	7,5	10,0	-	-	4,5
2021:	Jahresdurchschnitt	28,5	10,5	20,0	19,0	6,5	10,0	-	-	5,5
Bundestagswahl 26.09.2021		24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	-	-	8,7
2022:	1. Halbjahr	26,0	10,0	25,5	17,5	5,0	9,5	-	-	6,5
	2. Halbjahr	29,5	7,0	20,5	19,5	5,0	13,0	-	-	5,5
	Jahresdurchschnitt	28,0	8,5	23,0	18,5	5,0	11,0	-	-	6,0
2023:	1. Quartal	30,5	6,5	21,5	16,5	4,5	14,5	-	-	6,0
	2. Quartal	31,5	8,0	19,0	15,0	4,5	16,0	-	-	6,0
	7. - 19. Juli	29,0	7,0	19,0	16,0	4,0	18,0	-	-	7,0
	4. - 16. August	29,0	7,0	19,0	14,0	5,0	19,0	-	-	7,0
	12. - 26. August	30,0	8,0	20,0	14,0	4,5	18,0	-	-	5,5
	4. - 15. September	30,0	7,0	18,0	14,0	5,0	19,0	-	-	7,0
	6. - 19. Oktober	34,0	5,0	17,0	13,0	3,0	19,0	4,0	-	5,0
	3. - 16. November	32,0	6,0	17,0	13,5	3,5	19,0	4,0	-	5,0
	1. - 14. Dezember	34,0	5,0	17,0	15,0	3,5	18,0	3,0	-	4,5
	Jahresdurchschnitt	31,0	7,0	19,0	15,0	4,0	17,0	-	-	7,0
2024:	5. - 18. Januar	34,0	6,0	15,0	13,5	4,0	19,5	3,0	-	5,0
	3. - 15. Februar	32,0	6,0	15,0	14,0	3,0	18,0	-	7,0	5,0
	1. - 14. März	34,0	5,0	15,0	14,0	3,0	16,0	-	7,0	6,0
	5. - 18. April	32,5	6,0	16,0	15,0	3,0	16,0	-	7,0	4,5
	4. - 16. Mai	32,5	6,0	17,5	13,0	3,0	14,0	-	8,0	6,0
	1. - 13. Juni	32,0	6,0	16,0	13,0	3,0	15,0	-	7,0	8,0
	5. - 19. Juli	32,0	6,0	16,5	11,5	-	17,0	-	8,0	9,0

Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.003 Personen.

Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.

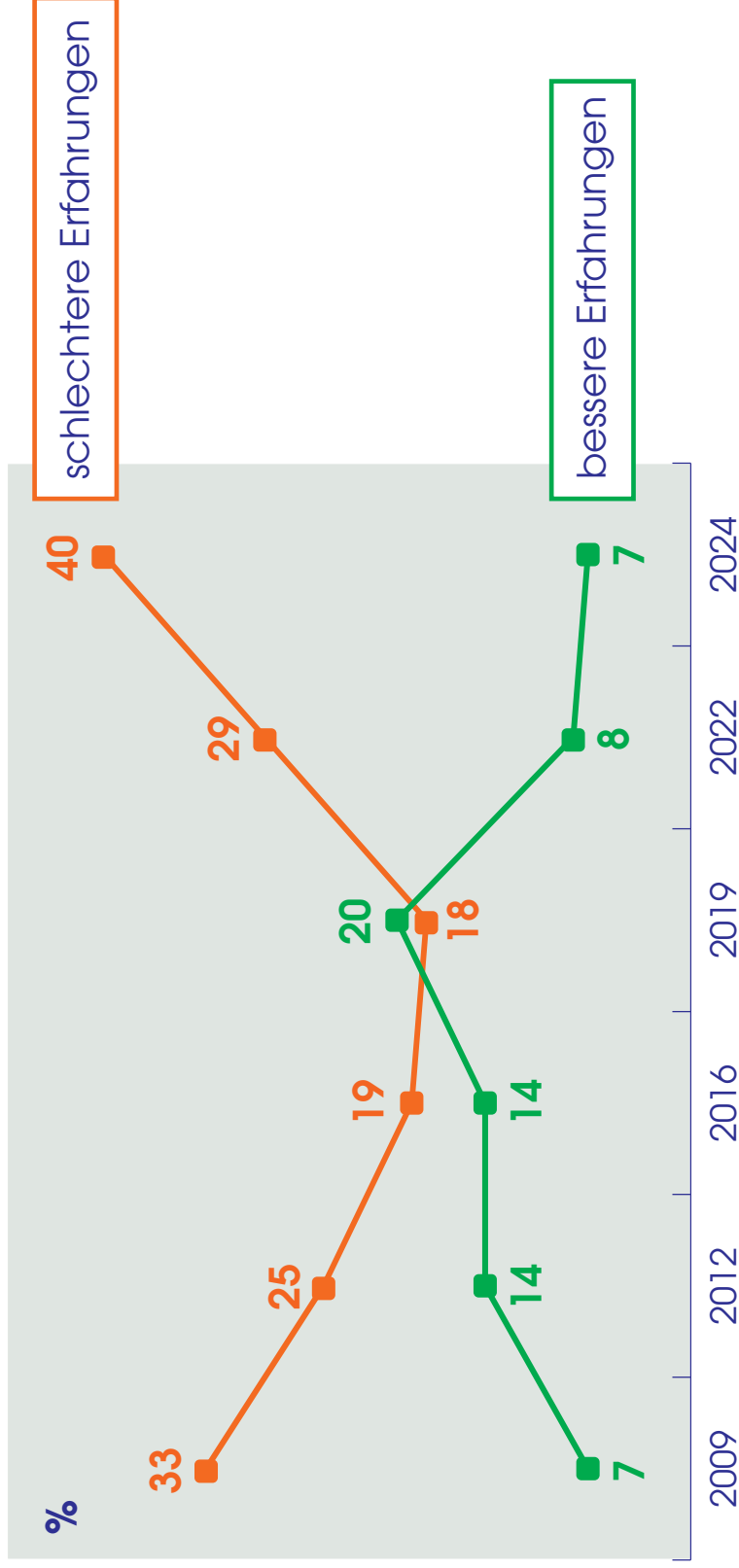
QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, zuletzt IfD-Umfrage 12088

Schaubilder

Schlechtere Erfahrungen mit der Gesundheitsversorgung

Frage: "Wenn Sie einmal an Ihre Erfahrungen mit der ärztlichen Versorgung in Deutschland denken: Würden Sie sagen, Sie haben in den letzten zwei, drei Jahren eher bessere Erfahrungen mit der ärztlichen Versorgung gemacht als früher, oder eher schlechtere, oder hat sich da nicht viel geändert?"

Ärztliche Versorgung -



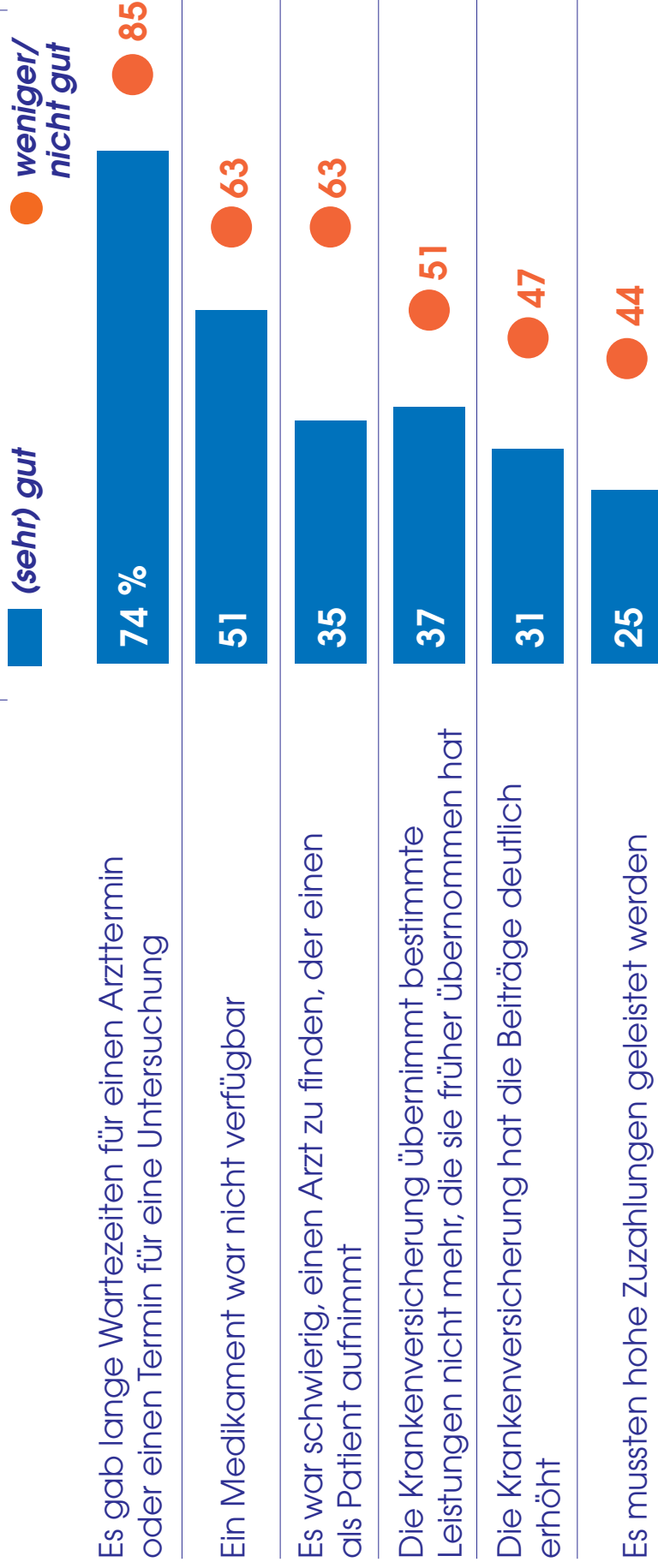
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12088

Persönliche Erfahrungen mit Engpässen und Kostensteigerungen

Frage: "Es ist ja immer wieder von Schwierigkeiten und Problemen im Gesundheitssystem die Rede. Haben Sie persönlich oder jemand aus Ihrer Familie etwas von den Punkten auf dieser Liste in den letzten Jahren erlebt?"

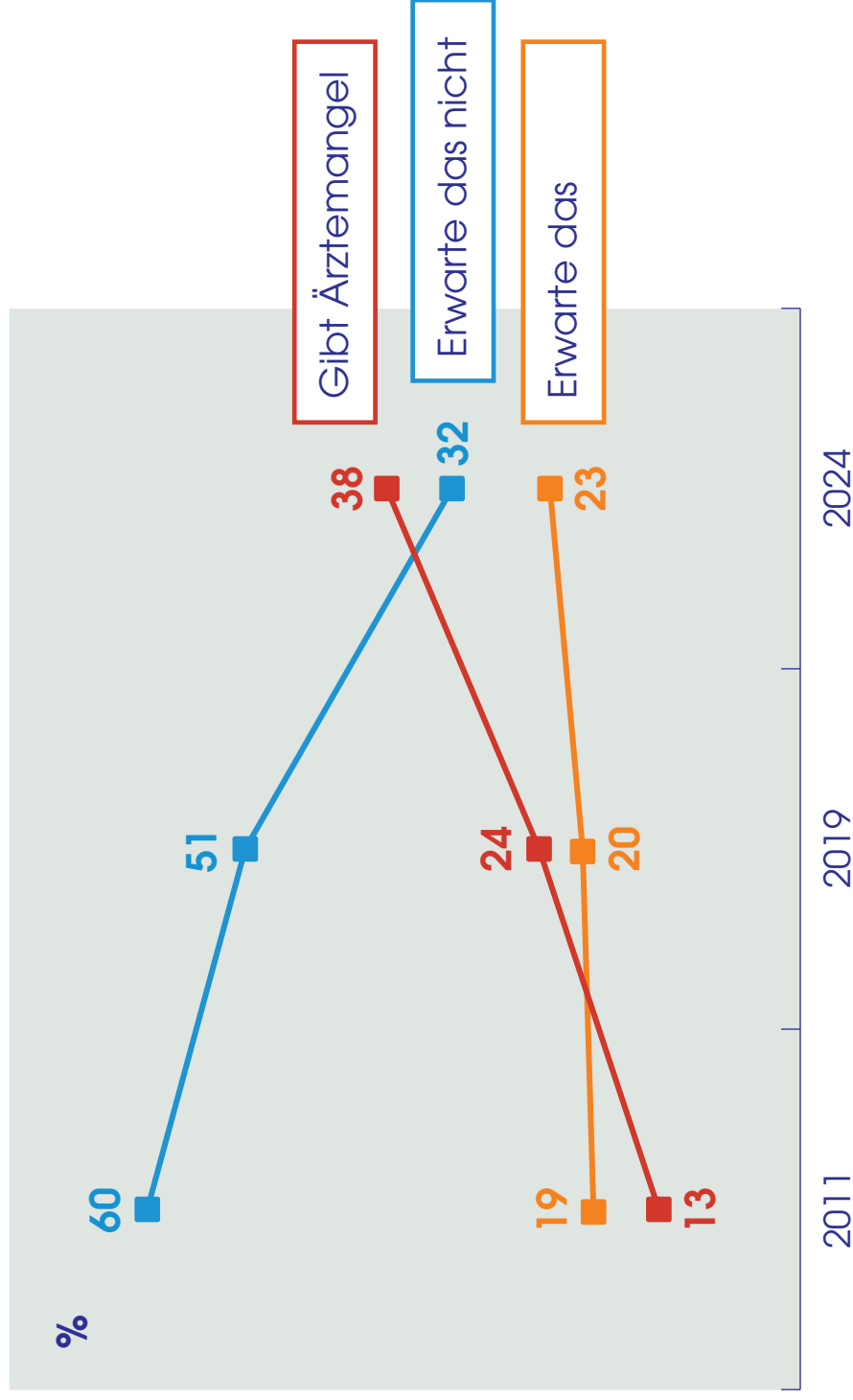
- Auszug -

Personen, die die Gesundheitsversorgung bewerten als -



Zunehmender Ärztemangel

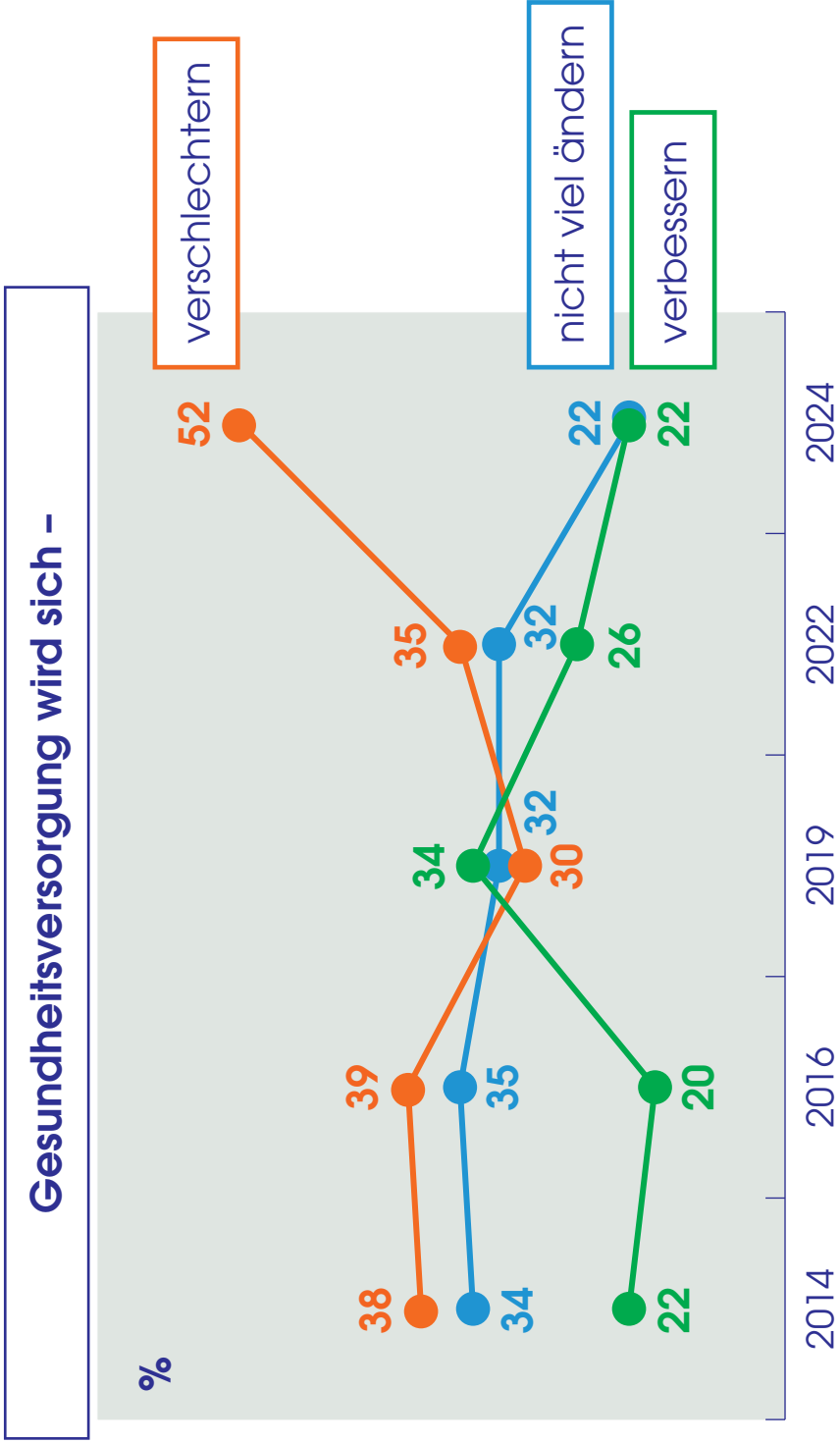
Frage: "Würden Sie sagen, dass es hier in der Gegend einen Ärztemangel gibt, oder erwarten Sie, dass es hier in der Gegend in den nächsten Jahren zu einem Ärztemangel kommen wird, oder erwarten Sie das nicht?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10080, 12004, 12088

Wachsende Besorgnis

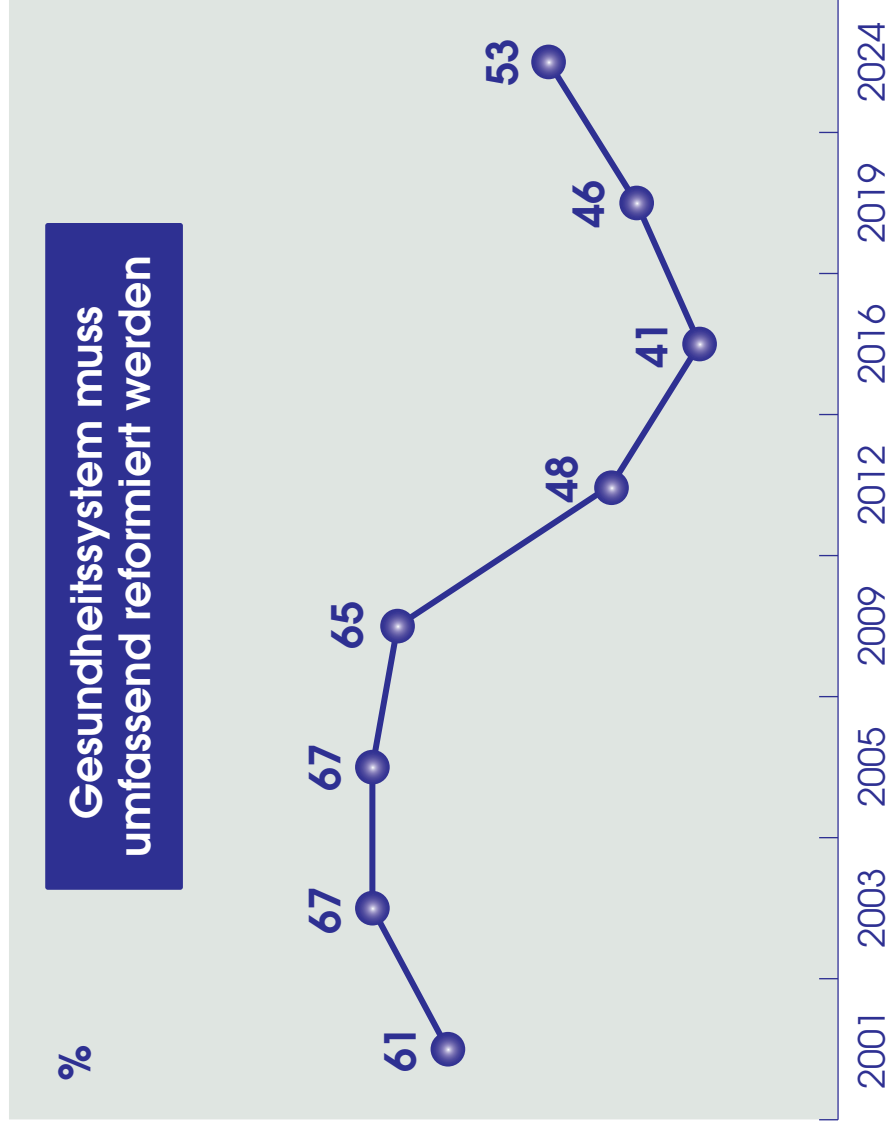
Frage: "Was erwarten Sie für die nächsten Jahre: Erwarten Sie, dass sich die Gesundheitsversorgung hier in Deutschland in den nächsten 10 Jahren deutlich oder etwas verbessert, oder deutlich oder etwas verschlechtert, oder wird sich da nicht viel ändern?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12088

Die Bevölkerung sieht mehrheitlich wieder Reformbedarf

Frage: "Wie ist Ihr Eindruck: Muss unser Gesundheitssystem umfassend reformiert werden, oder ist das nicht notwendig?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12088

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 171
vom 25. Juli 2024, S. 8, unter dem Titel:

"Erosion des Gesundheitswesens. Die Sorge um die
Zukunft der ärztlichen Versorgung wächst rapide an."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Erosion des Gesundheitswesens

Über viele Jahre hinweg gehörte das Gesundheitswesen zu den Bereichen, die die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung als besondere Stärke des Landes ansah. Zwischen 2012 und 2022 bewerteten durchgängig rund 80 Prozent die Gesundheitsversorgung und das Gesundheitssystem positiv. Die Bürger waren zwar immer skeptisch, ob sich diese Leistungsfähigkeit in die Zukunft verlängern lässt. Aber bis vor zwei Jahren war das Vertrauen trotz dieser Skepsis ungebrochen. Auch jetzt hält die große Mehrheit den Status quo für (noch) zufriedenstellend; innerhalb von nur zwei Jahren ist dieser Anteil jedoch von 81 auf 67 Prozent zurückgegangen. Jeder Zweite ist überzeugt, dass die Leistungsfähigkeit des Systems erodiert. Das Vertrauen, bei Bedarf gut versorgt zu werden, ist seit 2022 steil zurückgegangen.

Befürchtete die Bevölkerung seit Längerem nur, dass sich die Versorgung langfristig verschlechtert, so erlebt sie diese Entwicklung nun hautnah. 40 Prozent ziehen die Bilanz, dass sie in den vergangenen zwei, drei Jahren schlechtere Erfahrungen mit der ärztlichen Versorgung gemacht haben als zuvor; nur sieben Prozent berichten von besseren Erfahrungen. Damit hat sich die Bilanz der persönlichen Erfahrungen seit 2019 drastisch verschlechtert, während sie sich in den zehn Jahren zuvor kontinuierlich verbessert hatte: Zwischen 2009 und 2019 ging der Anteil derjenigen, die schlechtere Erfahrungen mit der Gesundheitsversorgung machten, von 33 bis auf 18 Prozent zurück, nahm dann aber während der Pandemie auf 29 Prozent zu und ist in den vergangenen zwei Jahren weiter auf 40 Prozent angestiegen.

Es sind die Erfahrungen mit Engpässen und Mangelsituationen, die das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems unterminieren. 77 Prozent der Bevölkerung haben in den vergangenen Jahren persönlich oder bei einem Familienmitglied erlebt, dass lange Wartezeiten auf einen Arzttermin in Kauf genommen werden mussten, 54 Prozent, dass ein Medikament nicht verfügbar war. 43 Prozent haben erlebt, dass es schwierig war, einen Arzt zu finden, bei dem man überhaupt als Patient aufgenommen wurde. Diese letzte Erfahrung beeinflusst das Vertrauen in das Gesundheitssystem mehr als alles andere. Von teilweise längeren Wartezeiten auf einen Arzttermin und Medikamentenengpässen berichtet auch die Mehrheit derjenigen, deren Vertrauen in die Versorgung ungebrochen ist. Von ihnen hat jedoch nur eine Minderheit die Erfahrung gemacht, dass es schwierig war, überhaupt als Patient angenommen zu werden, dagegen 63 Prozent derjenigen, die dem System nicht mehr vertrauen. In den schwächeren sozialen Schichten erhält das Vertrauen häufiger auch einen Schlag, wenn die eigene Krankenkasse den Leistungskatalog reduziert. Die große Mehrheit ist zwar schon seit Jahren überzeugt, dass die Beiträge für die Krankenversicherung steigen, verstärkt Zuzahlungen fällig und Leistungen reduziert werden; die schwächeren sozialen Schichten fürchten dies aufgrund ihrer geringeren finanziellen Spielräume jedoch weitaus mehr als die mittleren und höheren Schichten.

Nichts gefährdet die Qualität der Versorgung jedoch in vergleichbarem Maße wie die personelle Erosion des Gesundheitswesens. Der Ärztemangel verschärft sich kontinuierlich. Auch in der Pflege spitzt sich der Personalmangel zu. Der Anteil der Bevölkerung, der für die eigene Region einen Ärztemangel konstatiert, nimmt kontinuierlich zu, in den letzten Jahren beschleunigt. 2011 berichteten 13 Prozent der Bevölkerung von einem Ärztemangel in ihrer Region, 2019 24 Prozent, aktuell bereits 38 Prozent. Weitere 23 Prozent gehen davon aus, dass diese Situation in den nächsten Jahren eintritt.

Die ländlichen Regionen und Ostdeutschland sind von dieser Entwicklung weitaus stärker betroffen. Während in Westdeutschland jeder Dritte in einer Region lebt, in der Ärzte fehlen, sind es in Ostdeutschland 54 Prozent. Auf dem Land



Die Sorge um die Zukunft der ärztlichen Versorgung wächst rapide an.

Von Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

und in Kleinstädten berichten rund 45 Prozent von einem Ärztemangel in ihrer Region, in den Großstädten dagegen rund jeder Vierte. Diese Diskrepanz hat sich in den letzten Jahren deutlich vergrößert, da die Probleme in den strukturschwachen Regionen weitaus dynamischer zunehmen als in den Mittel- und Großstädten.

Nicht nur die Bevölkerung, auch niedergelassene Ärzte und Krankenhausärzte erleben die Verschärfung der Probleme und ihre Auswirkungen auf die eigene Arbeitssituation. Insbesondere die Hausärzte müssen zunehmend mehr Patienten versorgen; viele sind an ihrer Kapazitätsgrenze. Gleichzeitig zeigen Befragungen niedergelassener Ärzte seit Jahren, dass sich die Lage weiter verschärfen wird. Die große Mehrheit hält es für schwierig, einen Nachfolger für die eigene Praxis zu finden. In der Bevölkerung ist die Sorge, dass sich die Versorgungslage in den nächsten Jahren verschlechtert, in den vergangenen zwei Jahren steil angestiegen. Auch wenn den meisten die wachsenden Herausforderungen seit Längerem bewusst waren, bewegten sich die Befürchtungen, es könne zu einer spürbaren Verschlechterung kommen, über viele Jahre in dem Korridor

zwischen 30 und 39 Prozent. Aktuell gehen 52 Prozent davon aus, dass sich die Versorgung verschlechtert.

Daher hält die Bevölkerung den Gesundheitssektor auch für reformbedürftig. Knapp zwei Drittel halten zurzeit Reformen des Gesundheitssystems wie auch im Pflegesektor für notwendig; nur die Migrationspolitik rangiert in der Reformagenda der Bürger noch höher. 53 Prozent sind sogar überzeugt, dass es einer umfassenden Reform bedarf. Vor 20 Jahren, als tiefgreifende Gesundheitsreformen auf der Agenda standen und sehr kontrovers diskutiert wurden, hielten zwei Drittel der Bürger eine umfassende Reform dieses Sektors für notwendig. Danach ging die Forderung nach Reformen kontinuierlich zurück; in der Mitte des vergangenen Jahrzehnts mahnten noch 41 Prozent tiefgreifende Reformen an. Seither nimmt diese Forderung jedoch stetig zu.

Eine Stärkung des Gesundheitswesens versprechen sich die Bürger vor allem von Maßnahmen gegen den Mangel an Pflegepersonal, einer Entlastung von Ärzten und Pflegepersonal durch weniger Bürokratie und Dokumentationspflichten, mehr Zulassungen zum Medizinstudium,

einer gezielten Verbesserung der Versorgung in ländlichen Regionen und der Rückverlagerung der Produktion von Medikamenten und Medizinprodukten nach Deutschland. Auch in einer stärkeren Digitalisierung sehen viele einen Weg, um den zunehmenden Personalmangel zumindest begrenzt zu entschärfen. Vor allem niedergelassene Ärzte, aber auch die große Mehrheit der Krankenhausärzte beklagen den wachsenden bürokratischen Aufwand und die stete Vermehrung der Dokumentationspflichten. Von keiner anderen Maßnahme zur Bekämpfung des Ärztemangels versprechen sie sich mehr als von der Verringerung der bürokratischen Belastungen.

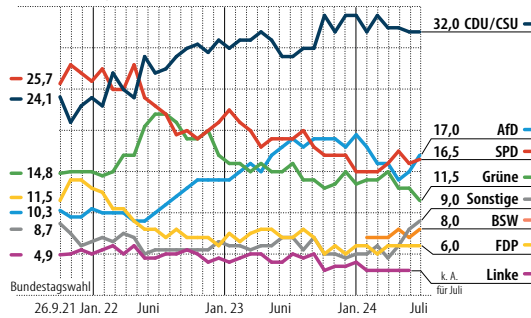
Insgesamt hat die Mehrheit der Bevölkerung den Eindruck, dass die Regierung bisher nur wenig unternommen hat, um die Herausforderungen im Gesundheitssektor und mehr noch in der Pflege wirksam anzugehen. Zwei Drittel halten die Pläne und Maßnahmen für die Stabilisierung der Pflege für unzureichend, gut jeder Zweite auch die bisherigen Pläne und Reformen im Gesundheitswesen. Dabei kann man dem Bundesgesundheitsminister kaum Untätigkeit vorwerfen. Es wurde vieles beschlossen oder zumindest angedacht, von der Reform der Krankenhausfinanzierung und den Bemühungen um stärkere Transparenz der Leistungsfähigkeit von Krankenhäusern über Veränderungen der Versorgungsinfrastruktur und die Reform der Notfallversorgung bis hin zu dem Gesetz zur Bekämpfung von Arzneimittelengpässen oder der Einführung der elektronischen Patientenakte. Trotzdem ist das Urteil über die Gesundheitspolitik im Verlauf der Legislaturperiode wesentlich kritischer geworden. Vor zwei Jahren sahen 33 Prozent den gesundheitspolitischen Kurs kritisch, aktuell sind es 48 Prozent; nur gut jeder Fünfte zieht eine positive Bilanz. Es gab allerdings Phasen, in denen die Gesundheitspolitik noch weitaus kritischer gesehen wurde. Das war beispielsweise während der Sozialstaatsreformen 2003 und 2004 der Fall und auch zwischen 2009 und 2011. Reformen im Gesundheitswesen gelten zwar meist als notwendig, werden aber oft von Misstrauen begleitet, dass sie die Versorgung verschlechtern.

Das gilt auch für ein zentrales Projekt der Gesundheitspolitik, die Zusammenlegung beziehungsweise Reduzierung von Krankenhäusern. Deutschland hat hier eine enorme Abdeckungsdichte. Das zeigt auch die Bilanz der Bevölkerung: Für 95 Prozent sind Krankenhäuser in der näheren Umgebung gut erreichbar, für 72 Prozent sogar mehrere. Die Einsicht, dass im Interesse der optimalen Nutzung von finanziellen und personellen Ressourcen die Zusammenlegung von Krankenhäusern sinnvoll sein kann, ist jedoch nicht weitverbreitet: Nur 16 Prozent halten unter anderem diese Maßnahme für richtig. Wenn diskutiert wird, weniger, aber dafür besser ausgestattete Krankenhäuser in einer Entfernung von maximal 50 Kilometern zur Verfügung zu haben, können sich immerhin 33 Prozent dafür erwärmen. Der Mehrheit ist jedoch wichtiger, möglichst an jedem größeren Ort Krankenhäuser zur Verfügung zu haben, auch wenn sie weniger leistungsfähig sind.

Durch die finanziellen Probleme vieler Kliniken werden jedoch immer mehr Bürger damit konfrontiert, dass Krankenhäuser in ihrer Umgebung geschlossen oder zusammengelegt werden. Allein seit Frühjahr vergangenen Jahres ist der Anteil der Bevölkerung, in deren Umfeld Zusammenlegungen oder Schließungen geplant oder bereits durchgeführt worden sind, von 40 auf 54 Prozent angestiegen. Dies trägt zu dem Eindruck bei, dass sich die Versorgungslage verschlechtert; gleichzeitig gibt es jedoch Anzeichen, dass sich die Bevölkerung zunehmend damit abfindet und die Folgen für die Versorgung weniger kritisch einschätzt als noch vor einem guten Jahr. Die Schließung von Krankenhäusern unterminiert das Vertrauen in die Gesundheitsversorgung weitaus weniger als der sich zuspitzende Mangel an Ärzten und Pflegepersonal.

Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmenergebnisse in Prozent)



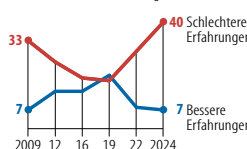
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, jüngste Umfrage: 5. bis 19.7.2024, 1003 Befragte, gerundete Angaben. FA.Z.-Grafik für.

Kritik am deutschen Gesundheitswesen

Angaben in Prozent

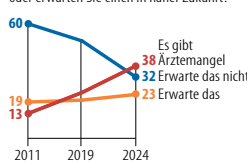
Erfahrung mit ärztlicher Versorgung

Ist diese in den vergangenen zwei, drei Jahren eher besser oder schlechter geworden?



Ärztemangel

Gibt es in Ihrer Gegend einen Ärztemangel, oder erwarten Sie einen in naher Zukunft?



1) Arzt- oder Untersuchungstermin. 2) Krankenversicherung.

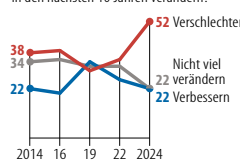
Welche Probleme erfahren wurden

Was aus der Liste haben Sie oder Ihre Familie in den vergangenen Jahren erlebt?

Problem	Sehr	Weniger
Langes Warten auf Termin ¹⁾	74	85
Medikament nicht verfügbar	51	63
Problem, neuen Arzt zu finden	35	63
KV ²⁾ übernimmt weniger Kosten	37	51
Höhere Versicherungsbeiträge ²⁾	31	47

Sorge um die Zukunft

Wie wird sich die Gesundheitsversorgung in den nächsten 10 Jahren verändern?



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/FA.Z.-Grafik für.